

## Corona-Krise

# Standortvorteil öffentlicher Dienst

Gerade essenziell, verdient der öffentliche Dienst auch nach der Krise Wertschätzung

Deutschlands öffentlicher Dienst ist eine sichere Bank – nicht nur in Krisenzeiten, sondern Tag für Tag in sämtlichen Bereichen der Daseinsvorsorge. Diesen Standortfaktor gelte es zu sichern, mahnte dbb Chef Ulrich Silberbach am 5. Mai 2020 bei einem Treffen mit den Obleuten des Bundestagsinnenausschusses in Berlin.

„Diese Mahnung gilt bundesweit und wir unterstreichen sie für Rheinland-Pfalz“, sagte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz und forderte einen wertschätzenden sowie gerechten Umgang mit dem öffentlichen Dienst und seinem Personal in Rheinland-Pfalz auch dann, wenn die Corona-Krise abgeflaut ist, ihre Folgen aber weiter bewältigt werden müssen.

Die Pandemie und ihre Bewältigung belasten wirtschaftlich und sozial immens, so die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz. Die Mittel für Konsolidierung nach der Krise müssen aufgebracht werden. Daher befürchtet die dbb Landesleitung, dass absehbare Sparbemühungen zur Kompensation von in der Krise gerissenen Haushaltslöchern allzu schnell zu Begehrlichkeiten in Richtung öffentlicher Dienst führen könnten.

„Dagegen verwehren wir uns bereits jetzt“, so die dbb Landeschefin Lilli Lenz. „Der

öffentliche Dienst muss in allen Sparten in Rheinland-Pfalz gut aufgestellt und ausgestattet sein, damit wir

Dienst fundiert beseitigt werden. Das fängt bei der technischen Ausstattung an – Stichwort „digitales Arbei-

Dienst muss uns etwas wert sein. Er darf keine Sonderopfer aufgebürdet bekommen“, so Lilli Lenz.



© dbb rip/Foto Rimbach

> dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz

auch gut aus der Krise herauskommen. Um wirtschaftlich und gesellschaftlich wieder auf ebenen Kiel zu kommen, müssen gerade in der Krise sichtbar gewordene Defizite im öffentlichen

ten“ – und führt über aufgabenangemessenes, ausreichendes Personal bis zu konkurrenzfähigen Bedingungen in Bezahlung und Arbeitsplatzgestaltung. Ein funktionierender öffentlicher

Die Menschen in Rheinland-Pfalz könnten jeden Tag sehen, dass der Staat in der Krise funktioniert. Den Beschäftigten im öffentlichen Dienst werde bei der Bewältigung der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie derzeit viel Verständnis, Dankbarkeit und Respekt entgegengebracht. Engagement und Einsatzbereitschaft des öffentlichen Personals würden von der Bevölkerung weitgehend anerkannt. Aber das allein löse keines der schon vor der Corona-Krise bestehenden Probleme knapper Ressourcen im öffentlichen Dienst, so die dbb Landesleitung.

Lilli Lenz: „Die Pandemie und die Virusbekämpfung verstellen für uns nicht den Blick auf das, was bislang im öffentlichen Dienst schon nicht rund lief. Die Krise sollte als Chance gesehen werden, aktuell zutage getretene Defizite schnell auszugleichen und von dort aus daran zu arbeiten, den öffentlichen Dienst als Aushängeschild eines verlässlichen Staates weiter zu stärken. So kann aus ihm ein noch kräftigerer Standortvorteil für Rheinland-Pfalz erwachsen.“

## Corona-Bündnis Rheinland-Pfalz

# Impulse für „neue Normalität“

dbb rheinland-pfalz ist dabei

Am 30. April 2020 konstituierte sich das Corona-Bündnis Rheinland-Pfalz per Videokonferenz als Zusammenschluss aller für den Umgang mit der COVID-19-Pandemie und ihren Folgen relevanten Verbände, Organisationen und Institutionen des Landes unter Federführung der Staatskanzlei. Das Corona-Bündnis Rheinland-Pfalz hat zum Ziel, eine Zukunftsstrategie für die Entwicklung des Landes mit Blick auf die Corona-Pandemie zu entwerfen. Das Bündnis soll die intensive Zusammenarbeit der Landesregierung mit Verbänden, Organisationen und Institutionen wie Arbeitgeberverband, Gewerkschaften und Kammern, kommunalen, religiösen, sozialen und kulturellen Einrichtungen um einen fachübergreifenden Austausch erweitern.

Der Landesregierung geht es dabei um gut koordinierte Kommunikation, um Erläuterung der erforderlichen Maßnahmen sowie des weiteren Vorgehens und um einen Austausch über die „neue Normalität“. Denn man geht davon aus, dass die Pandemie und ihre Auswirkungen alle Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler noch längere Zeit begleiten werden. Deshalb zeigte sich Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) im Einladungsschreiben zuversichtlich, „dass das Corona-Bündnis dazu führen wird, dass wir ein gemeinsames Verständnis über das erlangen, was in den nächsten Wochen anzugehen ist, aber dass wir darüber hinaus auch eine Vorstellung entwickeln, welche wichtigen Stellschrauben wir schon heute bedenken müssen, damit unser Land auch nach der Corona-Pandemie eine gute Entwicklung nimmt“.

Die Bündnispartner sehen sich vor der gemeinsamen Aufgabe, zusammen darüber nachzudenken, wie das Zusammenleben mit beziehungsweise nach „Corona“ gestaltet werden kann.

### › **dbb bringt Stichworte ein**

Die teilnehmenden Organisationen waren aufgefordert, vorab einzuspeisen, welche zentralen Themen dafür in den kommenden Monaten aufzugreifen, welche wesentlichen Anliegen bei der Pandemie-Krisenbewältigung zu berücksichtigen und welche Beiträge die einzelnen Mitglieder zu leisten in der Lage sind.

Auch der dbb rheinland-pfalz ist für eine ökonomisch sinnvolle und sozial gerechte Gestaltung einer „neuen Normalität“. Gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie die Verhinderung von Neid Diskussionen zwischen Betroffenenengruppen sind für ihn dabei wichtig. Sonderopfer für einzelne Betroffenenengruppen lehnt er ab (siehe auch Artikel auf Seite 1 in diesem Heft). Wirtschaftliche Auffangmaßnahmen müssen weiterentwickelt werden. Infektionsschutzregeln müssen im (Arbeits-) Alltag beachtet werden, ebenso der Arbeitsschutz. Preiswerte Gesichtsmasken und Schutzausrüstung müssen für jedermann verfügbar sein.

Zwecks Ausdünnung der Fahrgastzahlen in einzelnen Transporteinheiten des ÖPNV könnte über eine Angebotsausweitung zur Vermeidung von Spitzenbelastungen nachgedacht werden. Diskussionswürdig erscheint laut dbb Landesvorsitzender Lilli Lenz vor diesem Hintergrund und auch allgemein, ob der Staat nicht mehr Aufgaben der Daseinsvorsorge wieder selbst wahrnehmen sollte. Digi-

talisierung muss allgemein und in der öffentlichen Verwaltung stärker vorangetrieben und gefördert werden, allerdings unter Beachtung des dabei zunehmend wichtiger werdenden Datenschutzes. Außerdem setzt sich der dbb rheinland-pfalz für pandemie-/restriktionsbedingte Rechtsanpassungen ein, allgemein und spezifisch (zum Beispiel Landespersonalvertretungsrecht).

Die Krisenbewältigung muss aus dbb Sicht unter unbedingter Beachtung des Belastungsgrades der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes geschehen. Genügend sichere Schutzausrüstung muss zur Verfügung stehen. Systemrelevante Berufe, zumindest entsprechende Bereiche, müssen frühzeitig und genauer definiert werden, etwa im Zusammenhang mit dem Zugang zur Notbetreuung von Kindern in den Bildungseinrichtungen. Barrierefreie Notfallpläne müssen aktuell und realistisch sein, damit man im Krisenfall vorbereitet ist und angemessen reagieren kann. Klare und einheitliche Regelungen müssen getroffen werden. Widersprüchliche Aussagen führen zu Irritationen vor Ort und zu einer verzögerten Handlungsfähigkeit. Für die dbb Landeschefin Lilli Lenz wäre etwa ein Ampelsystem hilfreich, nach dem Abläufe im Notfall für die Masse verständlich organisiert werden könnten. Dabei wären mit den Ampelfarben plakativ und verständlich Maßnahmenpakete verbunden, die je nach Lage aufgerufen/in Kraft gesetzt werden könnten.

Der dbb rheinland-pfalz fordert als Dachverband die Einbeziehung im Verfahren um Maßnahmen und Maßnahmen mit Relevanz für den Organisationsbereich infolge der Pandemie. Er ist gewerkschaftlicher

Multiplikator für dienst- und arbeitsrechtliche Behördenhinweise und deren Folgen in die Einzelmitgliedschaft hinein mittels der Mitgliedsorganisationen und betreibt mit Letzteren zusammen Einzelmitgliederberatung. Er setzt sich ein für die Aufrechterhaltung des guten Images, das der öffentliche Dienst besonders in der Krise hat.

### › **Alle Lebensbereiche betroffen – breites gesellschaftliches Bündnis ist gut**

Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie sind alle Lebensbereiche der rheinland-pfälzischen Gesellschaft betroffen. Die Landesregierung möchte eine fachübergreifende Zukunftsstrategie, um die Pandemie gut bewältigen zu können. Der dbb rheinland-pfalz bringt sich nach Worten der Landesvorsitzenden Lilli Lenz dabei ein als Sprachrohr des Personals im öffentlichen Dienst und im privatisierten Dienstleistungssektor. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Krise in vorderster Reihe mit der Bekämpfung des Virus und der Bewältigung der Pandemie-Folgen beschäftigt unter hohen, teils höchsten Belastungen. Gerne teilen wir im Bündnis die Herausforderungen und Bedürfnisse unserer Mitglieder mit. Wir setzen uns ein für die Interessen des Personals im öffentlichen Dienst und fordern Wertschätzung für hervorragende Dienstleistung unter schwierigen Bedingungen in der Pandemie. Ohne die engagierten Kolleginnen und Kollegen wäre Rheinland-Pfalz nicht handlungsfähig, besonders nicht in der Krise. Zusammenhalt und Ausgleich sind da gute Stichworte, auch zugunsten des öffentlichen Dienstes“, so Lilli Lenz.

# Ein Zwischenbericht, insbesondere aus dem Schulsektor Konsequenzen aus der Corona-Krise?

Vom stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Robert Tophofen

(rt) Die Corona-Krise ist eine Nagelprobe für unsere Gesellschaft. Jetzt zeigt sich, wie tragfähig Strukturen und Verhältnisse im Arbeits- und Familienbereich sind. Wichtig ist dabei, dass wir über die Bewältigung der aktuell brennenden Probleme hinaus nicht vergessen, auch die nötigen Lehren und Schlüsse für die Zeit nach Corona zu ziehen.

## > **Bewährten öffentlichen Dienst stärken**

In Krisenzeiten steigt das Bedürfnis nach Alltag und Sicherheit. Die Deutschen setzen wieder mehr Vertrauen in die Demokratie und ihre Strukturen. Im öffentlichen Dienst manifestieren sich Stabilität und Sicherheit. In den Krankenhäusern, auf den Straßen, in den Behörden und Ämtern sorgen die Kolleginnen und Kollegen dafür, dass wir alle mit mehr Vertrauen und Zuversicht unseren Alltag bewältigen können. Der öffentliche Dienst geht somit gestärkt aus der Krise hervor, weil er sich als leistungsfähig und imstande erwiesen hat, die Vielfalt der neuen Probleme – freilich unter größten persönlichen Anstrengungen – zu bewältigen. Daher kann die Forderung an die Politik für die Zukunft nur lauten: Macht diejenigen stark, die uns in der Krise stark gemacht haben!

## > **Ausbau von Unterstützungssystemen unter Beachtung von Gleichberechtigung**

Die vielfältigen Einschränkungen zur Eindämmung des Virus haben sich massiv auf unser Arbeits- und Familienleben ausgewirkt. Dies dokumentiert eine seit Ende März laufende Umfrage des Wissenschafts-

zentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) mit dem Titel „Corona-Alltag“. Vor allem die Belastung der Eltern, insbesondere der Alleinerziehenden, ist extrem angestiegen. Die Arbeitszufriedenheit, welche für die Gefahr von Stress und Burn-out den Indikator bildet, hat abgenommen, weil zu Homeoffice und Haushalt noch verstärkt Betreuung und Erziehung sowie Homeschooling hinzugekommen sind. Die Werte zeigen, dass die Kolleginnen im Vergleich zu den Kollegen besonders unter der Fülle der Aufgaben und Anforderungen leiden. Hier mangelt es noch an Unterstützungssystemen, die wir für die Zukunft unbedingt brauchen werden. Überdies sind die finanziellen Sorgen, die schon vor der Pandemie bei Frauen statistisch höher waren als bei Männern, klar nach oben geschneilt, sodass Corona auch zutage befördert, dass in puncto Gleichberechtigung und Aufweichung tradierter Geschlechterrollen noch manches zu bewegen wäre.

## > **Folgenreiche Schließung von Schulen und Kitas**

Die Schließungen von Schulen und Kitas haben zu obigem Befund erheblich beigetragen. Die Aussage der Politik, dass der gesundheitliche Schutz höchste Priorität genieße, wird niemand in Abrede stellen, aber Gesundheit hat viele Facetten, die es manchmal gegeneinander abzuwägen gilt. Was ist mit den Familien, die auf engstem Raum ihren Kindern eine möglichst unbeschwerte Zeit bieten sollen, während Mutter und Vater selbst Existenzängste plagen? Was ist mit den Kindern, die ihre warme Mahlzeit bislang nur im Mensabetrieb der Schule erhalten haben? Wie soll

Homeschooling gelingen, wenn am einzigen Familiencomputer Papa beziehungsweise Mama Homeoffice leisten muss?

## > **Problematischer Neustart an Schulen – defizitäre Ausstattung dringend verbesserungswürdig**

Ab 8. Juni, so der Stand zur Abfassung dieses Artikels, sollen alle Schülerinnen und Schüler wieder im Präsenzunterricht sein, wenn auch im tage- oder wochenweisen Wechsel. Die politisch motivierte Entscheidung der Bildungsministerin, alle Schülerinnen und Schüler vor den Sommerferien wieder in die Schulen zu holen, ist aus gesellschaftlicher Sicht durchaus nachzuvollziehen, allein die praktische Umsetzung ist nach Ansicht diverser Organisationen von Schulleitungen weder zu rechtfertigen noch zu verantworten. Gerade die Schulen, die nach den gegenwärtigen Schulbaurichtlinien gestaltet worden sind, können die im Hygieneplan des Bildungsministeriums vorgeschriebenen Abstände zwischen den Schülerinnen und Schülern nicht gewährleisten. Die Klassenräume sind im Alltag schon zu klein, die Flure zu schmal für die gebotenen Sicherheitsabstände und Fragen der Desinfektion und Reinigung von Schulgebäuden sind in der Vergangenheit gleichermaßen vernachlässigt worden. Auch bleibt die Schülerbeförderung mit Sicherheitsabstand als Problemfeld, denn früher sind unsere Kinder zuweilen wie Ölsardinen in den Bussen zusammengepfercht gewesen, um Kosten zu sparen. Zu welchen Konditionen und Einschränkungen in das kommende Schuljahr gestartet werden



© dbb-rip/foto Rimbach

> Stellvertretender dbb Landesvorsitzender Robert Tophofen

kann, wird an der Entwicklung der Fallzahlen hängen. Eines ist jedoch klar: Wir können es uns als Gesellschaft nicht länger leisten, die Schulen weiterhin so defizitär auszustatten.

## > **Mitarbeiterführung und Informationspolitik im Schulsektor unzureichend**

Einen letzten Blick möchte ich auf die Mitarbeiterführung und Informationspolitik werfen. Fortbildungen in Konfliktmanagement und Führung haben ja schon seit Jahren Konjunktur. Umso schlimmer ist es, wie wenig davon mancherorts zu spüren ist. Statt essenzielle Informationen, etwa zu Schulschließungen und -öffnungen, via EPOS an die Dienststellenleitungen zu übermitteln, wurde getwittert. Über Wochen hinweg ist im Bildungsbereich zunächst die Öffentlichkeit informiert worden, ehe die Verantwortlichen die Handlungsanweisungen offiziell teils Tage später erhalten haben. Dass dabei die Sachentscheidungen meist viel zu spät getroffen und zudem freitagnachmittags an die Schulen geschickt worden sind, unterstreicht das unzureichende Bewusstsein für die Notwendigkeit der Stärkung des eigenen Personals. Es zeugt auch nicht von verantwortungsvollem Handeln, wenn Schulleitungen den Kopf hinhalten müssen für ministe-

rielle Entscheidungen, die mit ihnen im Vorfeld nicht abgestimmt worden sind und überdies realitätsfern anmuten.

**> Gesundheitsschutz unzureichend: Spezialthema Schutzmasken**

Das Thema Schutzmasken wirft ein weiteres Licht auf die mangelnde Fürsorge des

Dienstherrn. Wie kann es sein, dass teils zwingend vorgeschrieben wird, eine Schutzmaske zu tragen, dann aber den Mitarbeitern in der Notbetreuung oder mit Schulöffnung keine zur Verfügung gestellt werden? Für die Schülerinnen und Schüler hatte das Bildungsministerium Masken bestellt, zunächst aber nicht für die Lehrkräfte. Bei Wertschät-

zung und Gesundheitsschutz ist also ebenfalls noch erheblicher Handlungsbedarf.

**> Aus der Krise muss gelernt werden**

Irgendwann wird das Thema Corona-Pandemie wieder aus dem Fokus verschwinden. Der öffentliche Dienst hat maßgeblich zur Bewältigung der

Krise beigetragen. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich in neue Abläufe und Medien eingearbeitet sowie die zusätzlichen Aufgaben wie Homeschooling und Erziehung getragen. Vieles könnte für die Zukunft besser gemacht werden. Schauen wir mal, ob und welche Lehren der Dienstherr ziehen wird.

## dbb Bildungsgewerkschaften

# Gesundheit des Einzelnen steht an erster Stelle

Differenzierter Blick auf die Lage in den Schulen Mitte Mai

Die teilweise Wiederaufnahme des Schulbetriebs als Lockerung einer der Kernrestriktionen aus der Corona-Bekämpfung bestimmte im Mai die gesellschaftliche Debatte, geht es doch um Maßnahmen mit sehr breiter Wirkung in die Bevölkerung hinein.

In allen Schularten wurde eine Woche nach teilweiser Wiedereröffnung der Schulen von den dbb Lehrkräfteverbänden in Rheinland-Pfalz durchgängig gefordert, nicht zu viele Klassen auf einmal in die Schulen zurückzubringen, da schon in der über die reine Notbetreuung hinausgehenden Neustartphase die Vorschriften des Hygieneplans des Bildungsministeriums kaum umzusetzen seien. Klar: Weitere Klassen bedeuten zusätzliche Herausforderungen.

**> Weitere Schulöffnung mit Maß und Ziel**

Besonders kritisch äußerte sich der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Rheinland-Pfalz. In einem medienwirksamen, scharfen offenen Brief an Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig (SPD) führte Landeschef Gerhard Bold Hygienemängel, überfüllte Schulbusse, zu wenig Lehrkräfte und großen Nachholbedarf bei der Digitalisierung an. Die ersten Klassen-



**> VBE-Landesvorsitzender Gerhard Bold**

stufen seien ohne ausreichenden Vorlauf wieder in die Schulen zurückgerufen worden. „Ohne Rücksicht auf Leib und Leben gefährdete die Landesregierung die Gesundheit aller Schülerinnen und Schüler sowie aller Lehrkräfte“, so Gerhard Bold. Beispielsweise sei der amtliche Hygieneplan vielerorts schon wegen der baulichen Gegebenheiten in der einzelnen Schule nicht umsetzbar. Teils würden Schutzvorrichtungen wie Plexiglastrennscheiben selbst gebastelt. Reinigungskräfte seien nicht mit ausreichend Desinfektionsmitteln ausgestattet. Eine dienstliche Lieferung von Schutzmasken für Lehrkräfte sei nicht vorgesehen worden. Ein großer Teil der Lehrenden erfülle Risikogruppenkriterien und könne keinen Präsenzunterricht halten. Deshalb sei der Stufenplan des Landes zur schrittweisen Wiedereröff-

nung der Schulen nicht zu halten. Der VBE Rheinland-Pfalz forderte demnach, sich frühzeitig für eine Planung des Schuljahres 2020/21 zusammenzusetzen: Gemeinsam sei ein realistisches Schuljahr zu planen, das die Gesundheit aller im Blick hat, Praxiserfahrungen der bisherigen Phase des Homeschoolings beachtet, digitales Lernen für alle ermöglicht und die Kritikpunkte berücksichtigt. Die oberste Priorität liege auf dem Gesundheitsschutz und der personellen Aufstockung durch Lehrkräfte, die für Vertretungen zur Verfügung stehen.

**> Gestaltungsspielräume bei der einzelnen Schule**

Für den Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz erfordern unterschiedliche Rahmenbedingungen an den Schulen Gestaltungsspielräume. Die Räumlichkeiten, die Sachausstattung sowie die Personalsituation sind an den einzelnen Schulen laut Verband sehr unterschiedlich. Bei einer weiteren Öffnung der Schulen müssten daher strikt die spezifischen Rahmenbedingungen einer Schule beachtet werden.

Bei allem Verständnis für die berechtigten Interessen, zu einer neuen Normalität in den Schulen zu kommen, müssten

die notwendigen Veränderungen im schulischen Alltag auch bewältigt werden können. Der VRB fordert daher, den Schulen Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume einzuräumen, damit Schutz und Fürsorge gegenüber den Schülern, den Lehrkräften sowie den Bediensteten der Schule so weit wie möglich sichergestellt sind. Wenn die lokalen Gegebenheiten es erforderten, müsse die Schule entscheiden können, ob eine Einschränkung der stufenweise geplanten Schulöffnung geboten ist. „Gesundheitsschutz hat Vorrang vor einer risikobehafteten Vollbeschulung!“, erklärte Verbandschef Timo Lichtenthäler.



**> VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler**

**> Größere Abstände zwischen den Öffnungsphasen**

Auch für den Philologenverband Rheinland-Pfalz steht fest, dass